

Der Grundlagenvertrag – Chancen und Risiken

Rede von Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk am 11. Dezember 2012 in Helmstedt auf einer Kooperationsveranstaltung des Vereins Grenzenlos. Wege zum Nachbarn und des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport

Sehr geehrte Damen und Herren,

bloße Daten und Namen von Vertragswerken sagen zunächst wenig, müssen aber erwähnt werden. Bevor es zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages am 21. Dezember 1972, der ein halbes Jahr später ratifiziert wurde, zwischen der Bundesrepublik und der DDR kam, stand zunächst der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR sowie der Vertrag von Warschau mit Polen am 7. Dezember 1970, umrahmt vom historischen Kniefall Willy Brandts vor dem Mahnmahl für die Opfer des Ghetto-Aufstands von 1943. Diese beiden Vertragswerke sowie das Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971 waren praktische Vorbedingungen für den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag – der, wie das Wort schon andeutet, die Beziehungen der beiden deutschen Staaten regelte bzw. solche überhaupt offiziell in Gang setzte, eine Vielzahl von konkreten Verträgen in den nachfolgenden 17 Jahren nach sich zog sowie die gegenseitige staatliche Anerkennung implizierte. Das Besondere in diesen Verträgen mit Moskau und Warschau lag in dem Umstand begründet, dass die Bundesrepublik ihre Beziehungen zu diesen beiden europäischen Schlüsselstaaten der europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert regelte, deren Grenzen anerkannte und zugleich erklärte, die deutsche Frage sei davon nicht betroffen. Auch dem Grundlagenvertrag war ein solcher Brief offiziell beigelegt.

Ich werde nachfolgend in meinem Vortrag drei Problemkreise anschnitten. Zunächst geht es um die gesellschaftspolitische Situation, in der die so genannte „Neue Ostpolitik“ sich herauskristallisierte. Daran anschließend frage ich, was diese „Neue Ostpolitik“ in der bundesdeutschen Gesellschaft bewirkte. Im dritten Teil gehe ich auf die Folgen dieser „Neuen Ostpolitik“ für die SED-Diktatur und die DDR-Gesellschaft ein.

1. Die gesellschaftspolitische Situation in Deutschland

Die Politik der Westintegration durch Kanzler Adenauer stieß in der Sozialdemokratie und im linken Liberalismus weithin auf Ablehnung – man warf Adenauer vor, die nationale Idee zugunsten des westdeutschen Teilstaates zu opfern. Der Mauerbau von 1961 veränderte die deutsch-deutsche Situation gründlich. Schnell wurde deutlich, dass die Provisorien Bundesrepublik und DDR noch länger bestehen bleiben würden. Der seit 1957 in Berlin Regierende Bürgermeister Willy Brandt und sein Berater, Egon Bahr, hatten Ende der 1950er Jahre begonnen, über neue Formen der Ostpolitik nachzudenken. Kaum jemand war mit den

besonderen Teilungsproblemen so vertraut wie Politiker in West-Berlin, kaum jemand litt so unter der Teilung wie West-Berlin. Zugleich waren hier die Nöte und Bedrängnisse der Ostberliner und Ostdeutschen besonders präsent – nicht zuletzt dadurch, dass hier jährlich zehntausende Flüchtlinge aufzunehmen und aufs Bundesgebiet zu verteilen waren.

Bahrs berühmte Rede mit dem noch berühmteren Slogan „Wandel durch Annäherung“ 1963 fiel also nicht aus einem geschichtslosen Himmel, sondern war die erste Frucht einer längeren politischen Arbeit an der Sektorengrenze.

Der Mauerbau hatte zwei Folgen. Die SED-Herrscher hatten mit ihm einen neuen Aufstand, einen neuen 17. Juni abwenden können – der Mauerbau stellte eine Lernerfahrung von 1953 dar. Die krisenhaften Anzeichen von 1952/53 und 1960/61 ähnelten sich – niemandem war dies so bewusst wie den Führungsgruppen um Chruschtschow und Ulbricht. Nach dem Mauerbau setzte in der DDR zunächst die größte Festnahme- und Verurteilungswelle in der Geschichte der DDR ein – 1962/63 kam es zu einem Umschwung. Ulbricht versuchte mit Wirtschaftsreformen seinem System die immer noch fehlende innere Legitimität zu verschaffen. Das gelang nicht. Aber der Mauerbau führte der Gesellschaft eindringlich vor Augen, dass die SED-Herrschaft keine vorübergehende darstelle. Dies hatte Folgen: Widerstand und Opposition gegen das Regime nahmen zunächst ab – die Option Flucht in den Westen war weitgehend entfallen, obwohl das Grenzregime erst ab Mitte der 1960er Jahre wirklich funktionierte – viele, auch kritisch eingestellte Menschen arrangierten sich nun pragmatisch mit den Lebensumständen, die sie umgaben und denen sie nicht mehr so einfach entfliehen konnten. Neue Formen von Opposition und Widerstand begannen sich erst allmählich herauszubilden, auch das war ein Lernprozess. Der Mauerbau stabilisierte die DDR – scheinbar hatten die Kommunisten alles richtig gemacht.

Auch die Bundesrepublik stand vor einem Legitimationsproblem. Adenauers Politik der Westintegration hatte natürlich die Offenheit der deutschen Frage jederzeit betont – die Bundesrepublik war nicht zufällig als Provisorium gegründet worden. Nach dem Mauerbau bedurfte auch die Bundesrepublik einer neuen legitimatorischen Basis – zumindest in den Augen vieler Intellektueller und Politiker ging es nun um die „Selbstanerkennung“ der Bundesrepublik als eigenständiges Völkerrechtssubjekt. Es kam ab Mitte der 1960er Jahre zu einer heftigen politischen und geschichtspolitischen Debatte über den historischen Ort der Bundesrepublik. Dabei begannen sich allmählich die Gewichte zu verschieben. Konservative und rechtsliberale Kreise verunglimpften nun ihrerseits Sozialdemokraten und Linksliberale als „Vaterlandsverräter“, weil sie eine Aussöhnung mit dem Osten Europas und eine neue deutsch-deutsche Politik anstrebten. Im Kern wurden ihnen vorgeworfen, die deutschen Ostgebiete aufzugeben und die DDR anerkennen zu wollen.

Als im September 1969 die Union die Bundestagswahlen gewann und dennoch Brandt mit Hilfe Scheels Kanzler wurde, konnte der gesellschaftliche Riss in der bundesdeutschen

Gesellschaft kaum mehr tiefer gehen. Dies zudem in einer Zeit, in der die so genannte 68er-Bewegung Westeuropa und die USA in Atem hielt, der neue Linksterrorismus sich zu formieren begann und zugleich die USA durch den Krieg in Vietnam einen rasanten Ansehensverlust erlitten hatten, der größere Teile der westlichen Gesellschaften, der jüngeren Generationen am eigenen System zweifeln oder gar verzweifeln ließ. Brandt selbst stand aber auch für die Versöhnung mit der eigenen Geschichte – ein aktiver NS-Widerstandskämpfer war zum wichtigsten Repräsentanten der Bonner Demokratie geworden.

Aber auch die Kommunisten im Osten standen an einer Wegscheide: Die militärische Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 hatte nicht nur die andauernde Fragilität des Systems vor Augen geführt. In der Folge nahmen gerade im Osten Europas selbst die Hoffnungen auf die Machbarkeit eines „demokratischen Sozialismus“ oder „Sozialismus mit menschlichen Antlitz“ rapide ab. Eine politische Legitimation des Systems war in weite Ferne gerückt.

Die SED stand noch vor einem weiteren Problem: Sie wollte Entspannungspolitik, wusste aber selbst zu genau, dass eine erfolgreiche Entspannung ihren Teilstaat zur Disposition stellen könnte. So versuchte sie die Entspannung nach Außen mit einer harten Abgrenzungspolitik nach Innen aufzufangen – dieser Spagat, der Schwankungen unterlag, prägte ihre Herrschaft bis zum Untergang.

In der großen Koalition ab 1966 begann sich die „Neue Ostpolitik“ anzudeuten. Mit der sozialliberalen Koalition 1969 wurde sie zum Regierungsprogramm. Im November 1970 – nach den Besuchen von Erfurt und Kassel – begannen deutsch-deutsche Regierungsdelegationen am Grundlagenvertrag zu arbeiten. Etwa zur gleichen Zeit sind an der innerdeutschen Grenze die ersten Selbstschussanlagen montiert worden – die Grenze wurde jetzt zur tödlichen Festung. Sie symbolisierte zugleich die Falle, in der jede Politik gerät, wenn sie aus welchen Gründen auch immer, mit Diktaturen verhandelt. Der Bundesregierung ging es darum, den Menschen in der DDR zu zeigen, dass sie nicht vergessen würden, dass sie für sie verhandle. Natürlich stand sie auch unter dem Druck der sich andeutenden internationalen Anerkennungswelle der DDR. Aber das Problem für Demokraten an solchen Verhandlungen besteht nun einmal in dem Umstand, dass man nicht diplomatisch zielorientiert miteinander reden kann, während man unter dem Tisch unentwegt gegen die Schienbeine tritt.

Bereits in den 1960er Jahren hatten Teile der bundesdeutschen DDR-Forschung eine DDR entdeckt, die so bislang nicht bekannt war. Da war von der „Industriegesellschaft eigenen Typs“ ebenso die Rede wie von der „kalkulierten Emanzipation“, es gab „10 Gründe für die Anerkennung der DDR“ ebenso wie die DDR „keine Zone mehr“ war und im Zeitalter grassierender Konvergenztheorien sahen nicht gerade einflusslose Journalisten gute Gründe, dass DDR-Wahlsystem nicht zu kritisieren. Die „Neue Ostpolitik“ hat solche Debatten

insofern verstärkt, als nun ab den 1970er Jahren viel seltener die DDR als Diktatur charakterisiert wurde, die Mauertoten galten ebenso als entspannungshinderlich wie später manchen die Solidarność als entspannungsfeindlich galt. Die schiefen Bilder über die DDR, die dann den Einigungsprozess behinderten, hatten hier in den späten 1960er Jahren und frühen 1970er Jahre ihre Ausgangspunkte. Vielleicht zeigt dies nichts so deutlich wie der bundesdeutsche Umgang mit dem 17. Juni: aus dem nationalen Feier- und Gedenktag war ab den 1970er Jahren eine sozialpolitische Errungenschaft geworden, die vor allem die Gewerkschaften verteidigten – im Bundestag ist seit 1966 über seine Abschaffung debattiert worden, 1968 lag bereits ein Gesetzentwurf dafür vor. 1978 ist gar aus Gründen der Entspannungspolitik eine Briefmarke zum 25. Jahrestag des 17. Juni zurückgezogen worden. Auch wenn die politische Bedeutung des 17. Juni in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wieder stärker gewürdigt worden ist – es war kein Zufall, dass er 1990 so leicht dem technokratischen Datum 3. Oktober 1990 – nach dem Motto „große Männer machen Geschichte“ – als Feiertag, nicht als Gedenktag (1963), geopfert werden konnte. Damit bin ich auch schon bei

2. Die „Neue Ostpolitik“ in der bundesdeutschen Gesellschaft

Zunächst hat sie die bundesdeutsche Politik und Gesellschaft geteilt, wie kaum etwas anderes in der jüngeren Geschichte. Die Brandt-Scheel-Regierung verfügte nur über eine sehr knappe Kanzlermehrheit. Das konstruktive Misstrauensvotum im April 1972 gegen Brandt scheiterte – es war wohl das einzige Mal in der bundesdeutsche Geschichte, dass SED und Stasi tatsächlich durch Bestechungsgelder nachhaltigen Einfluss auf Bundestag und damit letztlich Bundesregierung nehmen konnten (die Affäre Guillaume 1974 war eine Panne, für die sich Markus Wolf später bei Willy Brandt entschuldigte). Es kam dennoch zu vorgezogenen Neuwahlen im November 1972 – Brandt hatte die Vertrauensfrage gestellt und verabredungsgemäß enthielten sich die Bundesminister. Die sozialliberale Regierung ging gestärkt aus diesen Wahlen hervor. Die Wahlbeteiligung stellte die höchste dar, die jemals in der bundesdeutsche Geschichte registriert werden konnte: 91,1 Prozent aller Wahlberechtigten nahmen teil. Das Besondere an der Wahl aber war daneben – so wie 18 Jahre 1990 –, dass es im Kern um die künftige Deutschland- und Außenpolitik der Regierung ging. Und das Votum war eindeutig. Tatsächlich haben immer mehr Bundesdeutsche die DDR als eigenständigen deutschen Teilstaat anerkannt – Mitte der 1970er Jahre mehr als die Hälfte, vor allem in jüngeren Generationen geriet die DDR immer stärker zu einem Ausland, zumal einem langweiligen, uninteressanten – was ja irgendwie auch stimmte. Die Mehrheit war westorientiert – New York, London, Paris oder Athen waren weitaus näher als Ost-Berlin, Rostock oder Dresden. Später – ich lasse jetzt mal die verwirrten Freunde Moskaus,

Pekings, Tiranias oder Nordkoreas Außen vor – lagen sogar für so manche Nicaragua oder Kuba weitaus näher als Polen, die CSSR oder DDR.

Dafür konnte diese „Neue Ostpolitik“ nichts, aber in einer solchen gesellschaftlichen Atmosphäre etablierte sie sich. Sie war zugleich die Vorbedingung, dass 1973 beide deutsche Staaten UNO-Mitglieder wurden, dass 1974 die Ständigen Vertretungen ihre Tore öffneten und dass schließlich 1975 Schmidt und Honecker in Helsinki am 1. August 1975 die KSZE-Schlussakte mitunterzeichneten.

Und diese „Neue Ostpolitik“ sorgte dafür, dass es tatsächlich zu einer Vielzahl „humanitärer“ Erleichterungen kam. Darauf komme ich noch zurück. Zunächst sei festgehalten, dass die Regierungsübernahme durch Kohl 1982 insofern eine Überraschung enthielt, als dass seine Kabinette die bisherige sozialliberale Ost- und Deutschlandpolitik kontinuierlich fortsetzten. Allerdings unterschied sie sich in zwei Punkten. Zum einen setzte Kohl wieder stärker auf Symbolpolitik, was sich vielleicht an zwei Äußerungen besonders gut illustrieren lässt.

Das Jahr 1987 begann mit einer Panne, über die ganz Deutschland lachte. Da am Silvesterabend 1986 die ARD versehentlich die Ansprache von Kanzler Kohl aus dem Jahr 1985 sendete, konnte am Neujahrsabend 1987 die deutsche Fernsehnation erneut eine Kanzleransprache zur Kenntnis nehmen, nunmehr die richtige vom Silvesterabend 1986. Es machte alles nichts, da für die meisten Zuhörer ohnehin kaum Unterschiede feststellbar waren. Die falsche Ansprache sahen etwa eine Million Menschen mehr als ein Jahr zuvor die richtige. Helmut Kohls unfreiwillige Rolle als Erheiterer der geteilten Nation stand zwischen zwei anderen denkwürdigen Auftritten des Kanzlers, die die politische Atmosphäre gut spiegeln und veranschaulichen, dass 1987 dem Jahr 1978 näher lag als dem Jahr 1990. Erst hatte Kohl im Oktober 1986 Gorbatschow indirekt mit Goebbels verglichen, dann bezeichnete er Anfang Januar 1987 die DDR als ein Regime, „das ... politische Gefangene ... in Gefängnissen und Konzentrationslagern hält“. Was sagte Kohl seinerzeit über Gorbatschow und Goebbels wirklich? Welche Worte haben blankes Entsetzen ausgelöst und zu heftigen Reaktionen geführt? Kohl wörtlich: Michail Gorbatschow „ist ein moderner kommunistischer Führer, der sich auf Public Relations versteht. Goebbels, einer von jenen, die für die Verbrechen der Hitler-Ära verantwortlich waren, war auch ein Experte für Public Relations.“ Diese Aussage machte Kohl in einer Zeit, da die bundesdeutsche Öffentlichkeit verbissen den „Historikerstreit“ bestritten hatte, einen Streit, den manche auch „Hysterikerstreit“ nannten. Kohl hatte Nationalsozialismus und Kommunismus verglichen, ohne diese gleichzusetzen. Und Gorbatschow war nun einmal 1986 der Anführer des Weltkommunismus mit Millionen Toten und noch war nicht wirklich zu erkennen, dass aus dem kommunistischen Hoffnungsträger ein Totengräber des Systems wider Willen werden würde. Und auch Kohls zweite Äußerung verlangt nach einer zeithistorischen Einordnung: So wie die westliche Welt begann, Gorbatschow zu Füßen zu liegen und ihm dafür später Panzer im

Baltikum, in Armenien, in Aserbaidschan, in Georgien oder in Tadschikistan großzügig verzieh und ebenso großzügig dort über Tausende Tote, für die Gorbatschow verantwortlich war, hinweg sah – einer Entwicklung, der sich Kohl nicht nur nicht verschloss, sondern die er tatkräftig beförderte, so dass aus dem einstigen Gorbatschow-Kritiker einer seiner größten Fürsprecher wurde –, so hatte die westliche Welt immer großzügiger darüber hinweggesehen, dass im Osten Tausende Menschen aus politischen Gründen in Haftanstalten eingesperrt waren. Kohl hatte darauf mit drastischen Worten hingewiesen. Seine Erwähnung von Konzentrationslagern, die es natürlich nicht gab, hat dieser Rede und seinen Inhalten eine Aufmerksamkeit geschenkt, die dieser Aspekt seines Vortrages sonst nicht erhalten hätte. Der Kanzler zog Kritik auf sich und erreichte doch, dass die Frage nach politischen Häftlingen in der DDR wieder auf dem Tisch lag. Darauf haben seinerzeit in noch heute beeindruckenden Analysen etwa der westdeutsche Journalist Karl Wilhelm Fricke und der ostdeutsche Oppositionelle Arnold Vaatz hingewiesen. Beide hatten zu ganz unterschiedlichen Zeiten den Haftalltag in der DDR leidvoll ertragen müssen. 1987 war es mitnichten so, dass in der bundesdeutschen Öffentlichkeit ein DDR-Bild dominierte, das den Diktaturcharakter betonte. Insofern standen Kohls Auslassungen, für die er sich unbegreiflicherweise seither immer wieder entschuldigt hat, durchaus gegen den bundesdeutschen Zeitgeist.

Letztlich aber führte Kohl fort, wozu die Fundamente in den 1960er Jahren gelegt und was Brandt und Schmidt in den 1970er als Regierungspolitik vertreten hatten. Er fuhr aber nicht nur die Ernte 1989/90 ein, er wusste auch, wie man erntet.

Die Erfinderin der „Neuen Ostpolitik“, die Sozialdemokratie, stand nach der Machtabgabe im Herbst 1982 vor einem Dilemma. Sie mussten mit ansehen, wie ihre Politik fortgeführt wurde und wie die SED dabei gar nicht mehr mit ihr verhandelte. Sie reagierte darauf mit der so genannten „zweiten Phase ihrer Ostpolitik“. Immer häufiger forderten SPD-Politiker, dass die Bundesrepublik die DDR-Staatsbürgerschaft anerkenne, was die Aufgabe fixierter Prämissen im Grundgesetz eingeschlossen hätte, und dass die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter aufgelöst werde. Tatsächlich haben einzelne SPD-geführte Bundesländer ihre Zahlungen für Salzgitter eingestellt. Welche Bedeutung „Salzgitter“ für die DDR-Gesellschaft hatte, war vielen Entspannungsstrategen entgangen.

Zum anderen aber sprachen sozialdemokratische Politiker in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in einem intensiven Maße mit SED-Funktionären von Politbüro und ZK, so dass kritisch eingestellte DDR-Bürger außerordentlich argwöhnisch wurden, zumal immer wieder verdeckte Wahlkampfhilfen (Stichwort: Transitflughafen Schönefeld u.a.) sichtbar wurden.

Das SPD-SED-Papier „Vom Streit der Ideologien“ war der manifeste Ausdruck dafür.

Am 27. August 1987 veröffentlichten SPD und SED ein gemeinsames Papier unter dem uneindeutigen Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Ging es zwischen West und Ost wirklich um „Ideologien“? Wenige Tage später, vom 7. bis 11.

September, hielt sich Erich Honecker zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in der Bundesrepublik auf, wo er mit allen Ehren und von allen Spitzenpolitikern empfangen wurde. Der offiziell deklarierte Arbeitsbesuch kam einem Staatsbesuch gleich. Der Besuch war zugleich der Höhepunkt in Honeckers Wirken auf internationalem Parkett, wenn es auch im eigentlichen Sinne ein nationales Parkett blieb. Außenminister Genscher fehlte bei Honeckers Begrüßung im Bundeskanzleramt, womit die Kohl-Regierung deutlich machte, die DDR sei kein Ausland. DDR-Außenminister Oskar Fischer traf sich zu einem Arbeitsgespräch mit der Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, und auch mit Genscher – demonstrativ in dessen Arbeitszimmer statt wie vorgesehen in einem Gästehaus der Bundesregierung. Und Kohl machte vor ganz Deutschland live deutlich, dass seine Regierung an der Einheit der Nation festhalte.

Die Wirkungen des SPD-SED-Papiers aber waren verheerend – für beide Seiten. In der Bundesrepublik hielten Kritiker der SPD vor, die DDR-Realitäten anerkannt, die reformunwillige SED-Führung unterstützt und vor allem, der schlimmste Vorwurf, die freiheitlich-demokratische Gesellschaft und die kommunistischen Regime auf eine Stufe gestellt zu haben. Schon der Titel „Streit der Ideologien“ erweise sich als angreifbar, denn es stritten nicht Ideologien, sondern Freiheit und Demokratie einerseits und Diktatur und Unfreiheit andererseits miteinander. Manche Kritiker, wie Gesine Schwan, kamen aus der SPD selbst und zeigten sich fassungslos. Die Verfechter des Papiers, darunter von Eppler über Bahr bis zu Voigt, Lafontaine, Schröder und Vogel ein Großteil der sozialdemokratischen Prominenz, entgegneten immer wieder wortreich, es ginge um Frieden, Friedensfähigkeit und Wandel. Im Osten könnten nur Reformen erzeugt werden, wenn man im Gespräch bleibe, sanften Druck ausübe und mit den Mächtigen verhandle. Der stärkste Vorwurf dagegen lautete, aus dem Konzept „Wandel durch Annäherung“ sei „Wandel durch Anbiederung“ (CDU-Generalsekretär Heiner Geißler) geworden.

In der DDR war die Wirkung des SPD-SED-Papiers ebenso verheerend, aber ganz anders. Vorab hatte die Parteispitze ihre Funktionäre Anfang August darüber informiert, dass in wenigen Wochen ein solches Papier erscheine. Denn anders als in der Bundesrepublik war der Paukenschlag des Papiers nur mit dem KSZE-Dokument von 1975 vergleichbar. Wenn sich die SED-Führung zur gleichberechtigten ideologischen Auseinandersetzung mit Sozialdemokraten bekannte, musste dies auch für „Andersdenkende“ in der DDR gelten. Die SED-Führung argumentierte, es gehe um Frieden, um Frieden und nochmals um Frieden und deshalb müssten Konzessionen gemacht werden. Mit keinem Wort ging sie in ihrem internen Papier auf die Möglichkeit ein, dass Kritiker in der DDR diesen Vorgang als Anerkennung Andersdenkender oder Oppositioneller verstehen könnten. Diese wiederum scherten sich wenig um die parteiinterne Argumentationshilfe, sondern beriefen sich auf Geist und Buchstaben des Papiers und forderten Dialog und Anerkennung ein. Die Stimmungs- und

Lageberichte von SED und MfS verdeutlichen, dass große Teile der Gesellschaft das Papier begrüßten und zugleich hofften, dass die SED von ihrer bisherigen Politik abrücke. Realisten hegten weniger Hoffnungen, nutzten aber das Papier in ihrem eigenen Sinne als „Argumentationshilfe“ und zitierten immer wieder genüsslich daraus. Wenn ein Dialog mit allen äußeren Positionen angestrebt werde, so müsse dies für die inneren oppositionellen und kritischen erst recht gelten.

Die Publikation des SPD-SED-Papiers erfolgte nicht zufällig wenige Tage vor Honeckers Besuch in der Bundesrepublik. Die SPD war so präsent, obwohl sie beim Honecker-Besuch nur eine Nebenrolle spielte.

SPD-SED-Papier und Bonn-Besuch standen aber nur für kurze Hoffnungsphasen. Kaum war Honecker zurück, schlug die Zurückhaltung gegenüber Kritikern des SED-Systems in eine neue Repressionswelle um.

Bald merkten auch einige SPD-Teilnehmer, dass die SED einen Dialog verhinderte statt ihn zu befördern. Erhard Eppler hat dies formuliert. Im Juli 1988 publizierte er einen Essay, in dem er zwar noch immer behauptete, Europa benötige eine stabile, lebensfähige, selbstbewusste DDR. Aber nun wehrte er sich dagegen, das Papier „lässt sich nicht auf die banale Formel versimpeln, der Friede sei wichtiger als alles andere.“ Das Papier müsse auch als Aufforderung zum Dialog im Inneren verstanden werden. Würde dieser weiterhin verweigert, habe „die DDR im Sog der Bundesrepublik keine Zukunft.“ Am 17. Juni 1989 trat Eppler dann am „Tag der deutschen Einheit“ ans Rednerpult im Bundestag. Er erntete nachhaltigen Beifall von allen Fraktionen: „Polen und Ungarn besinnen sich auf ihre nationalen Traditionen, die baltischen Staaten pochen auf Selbstständigkeit (...), wir müssen auch nationale Realitäten im Blick haben.“ Er räumte ein Defizit der Politik ein, weil „wir (...) bisher nicht präzise und detailliert genug sagen können, was in Deutschland geschehen soll, wenn der Eiserne Vorhang rascher als erwartet durchrostet.“ Es war nicht mehr die Rede davon, Europa benötige eine stabile DDR. Eppler erteilte all jenen „dieses Hauses, die reinen Tisch machen, das Thema der deutschen Einheit endgültig von der politischen Tagesordnung streichen zu wollen“, eine Absage. Damit ging er auch auf Distanz zu SPD-Politikern wie Egon Bahr.

Damit komme ich zu

3. Die Bedeutung der „Neuen Ostpolitik“ für die SED-Diktatur und die DDR-Gesellschaft

Niemand genoss in der DDR-Gesellschaft eine so hohe Achtung und Anerkennung seit Ende der 1950er Jahre wie Willy Brandt – daran änderte auch die Wahlschlappe der SPD im März und Dezember 1990 nichts. Und das hing nicht nur damit zusammen, dass die großen Industriezentren in der DDR alte sozialdemokratische Hochburgen waren, auch auf dem Lande war niemand ab dieser Zeit so beliebt wie Brandt. Dazu trug bei, dass Brandt in all den Krisen seit 1958 weder gewillt war, Freiheit preiszugeben noch die Einheit aufzugeben und dabei stets die ostdeutsche Gesellschaft im Blick hatte.

Durch den Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker 1970/71 ergab sich eine innenpolitische Dynamik, die so nicht vorhersehbar war. Tatsächlich scheinen die Jahre 1971 bis 1976, bis zur Selbstverbrennung Oskar Brüsewitz im August und dann der Ausbürgerung Wolf Biermanns im November, jene Jahre gewesen zu sein, die Honeckers erfolgreichste Zeit verkörperten und in der die DDR zugleich im Inneren die höchste Akzeptanz ihrer Einwohner aufwies. Die internationale Anerkennungswelle hatte auch eine innere pragmatische zur Folge: Wenn alle Staaten die DDR als Völkerrechtssubjekt anerkennen und die Bundesrepublik offenbar mit der SED-Führung verhandle wie mit anderen Staaten, dann müsse man nicht nur davon ausgehen, dass die DDR dauerhaft Bestand habe, dann folge daraus auch eine Art Herrschaftslegitimation, die man selbst nicht mehr ignorieren könne. Dass aber 1974 die SED in der DDR-Verfassung festschrieb, es gebe in der DDR eine sozialistische deutsche Nation – und in der Bundesrepublik entsprechend eine deutsche kapitalistische – traf kaum auf Zustimmung. Dafür gibt es viele Beispiele – auch dafür, dass einige maßgebliche bundesdeutsche Intellektuelle in den 1970er und 1980er durchaus der Zwei-Nationen-Theorie etwas abgewinnen konnten.

Der Westen war im Osten omnipräsent. An erster Stelle standen Fernseh- und Radiosender. Die in westlichen Medien vermittelten Bilder haben die Sicht vieler Ostdeutschen auf den Westen wesentlich geprägt. Sie kompensierten die Informationsleere der DDR-Medien. Die SED bezeichnete das als „Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR“.

Die DDR-Gesellschaft war in weiten Teilen eine informelle Nachahmungsgesellschaft. Fast alles schien erstrebenswert, was nach Bundesrepublik roch, so aussah oder so schmeckte. Im ganzen Land blühten illegale Märkte für westliche Produkte. In privaten Inseraten in Tageszeitungen und Fachzeitschriften waren diese Märkte ebenso zu besichtigen wie in informellen Handelsketten. Zur inoffiziell zweiten Währung in der DDR avancierte die DM. Hatte man Westgeld, war praktisch alles zu haben. In den achtziger Jahren konnten es sich Handwerker und andere Dienstleistende erlauben, ihre Dienste angesichts der großen

Nachfrage nur gegen Westgeld anzubieten. Viele sprachen deshalb auch von einer Zweiklassengesellschaft: die eine Klasse verfügte über Westgeld, die andere nicht. Private „Importe“ aus dem Westen, die jährlich ein Milliardenvolumen erreichten, trugen dazu bei, dass die ostdeutsche Gesellschaft nicht schon vorher zusammenbrach.

Eine große Mehrheit der DDR-Menschen teilte und vertrat die Forderung nach Reisefreiheit. Überwiegendes Ziel der Sehnsüchte war die Bundesrepublik. Millionenfache Familien- und Freundesbände bestanden zwischen beiden deutschen Staaten. Seit Ende 1964 durften zunächst Rentner einmal jährlich in den Westen reisen, später insgesamt 60 Tage im Jahr. Nach dem Abschluss des Grundlagenvertrages konnten ab 1972 auch jährlich einige Tausende jüngere Menschen in „dringenden Familienangelegenheiten“ reisen (Geburt, Taufe, Hochzeit, Hochzeitsjubiläen, runde Geburtstage, hohe Geburtstage, schwere Erkrankungen, Todesfälle). Darüber zu entscheiden, oblag der Polizei, dem örtlichen Rat, der Staatssicherheit und dem Betrieb. Gefragt wurde der zuständige Abschnittsbevollmächtigte ebenso wie die Hausgemeinschaftsleitung oder der betriebliche Vorgesetzte. Bis 1985 kam es jährlich im Durchschnitt zu 1,3 Millionen Rentnerreisen. Die Privatreisen „in dringenden Familienangelegenheiten“ stiegen nur langsam an: 1982 verzeichnete die Statistik 110.000, 1983 118.000, 1984 124.000 und 1985 139.000 dieser Reisen.¹ Zur gleichen Zeit kam es zu jährlich fünf bis acht Millionen Privatreisen aus der Bundesrepublik und West-Berlin in die DDR. Unter dem Druck, an die Bundesrepublik Zugeständnisse machen zu müssen, um Wirtschaftshilfen zu erhalten, lockerte die SED-Führung ab 1986 die Genehmigungspraxis deutlich. Die entsprechenden Beschlüsse sind zwar nicht veröffentlicht worden, aber sie sprachen sich schnell herum. 1986 konnten 573.000, 1987 1,3 Millionen, 1988 rund 1,6 Millionen und im ersten Halbjahr 1989 829.000 „Reisen in dringenden Familienangelegenheiten“ registriert werden. 1987 bis 1989 lehnten die Behörden zudem noch eine weitere Million Reiseanträge ab oder nahmen diese „wegen fehlender Voraussetzungen“ erst gar nicht an. Zudem verdreifachten sich die Rentnerreisen. Die Reisenden erreichten fast durchweg als touristische Sozialfälle die Bundesrepublik. Einmal im Jahr durfte man als Reisender 15 Ostmark in 15 DM bei der Staatsbank umtauschen. Die Fahrkarten konnten aufgrund entsprechender zwischenstaatlicher Abkommen in der DDR gekauft werden. Bei allen weiteren Unkosten waren die DDR-Touristen auf die Unterstützung von Bund, Ländern und Kommunen und vor allem die Großzügigkeit der Verwandten, Freunde und Bekannten im Westen angewiesen. Das hat nicht gerade dazu beigetragen, die Bindung an die DDR zu stärken. Dennoch nutzten nur ganz

¹ Mdl, Einschätzung über Ausreisen in dringenden Familienangelegenheiten nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin (Stand 31.12.1987), 1.2.1988. BStU, HA VII 2650, Bl. 15. Die Zählung bezieht sich auf „Reisen“, nicht auf reisende Menschen. 1982 und 1983 reisten tatsächlich rund 45.000 bzw. 65.000 besuchsweise privat in die Bundesrepublik (ebenda, ZAIG 21273).

wenige solche Reisen zur Flucht (1985: 307, 1986: 1144, 1987: etwa 2.800, 1988: rund 5.200).

Auch sonst erwies sich diese größere Reisetätigkeit nicht als Entlastung für die SED. Statt die Geister zu beruhigen, bewirkte die Reise in den Westen eher das Gegenteil. Nach der Rückkehr hatten viele nur eines im Sinn: so schnell wie möglich wieder rüber und am besten den Westen in den Osten holen. Rückreisende waren meist euphorisch, was sich nach Stunden oder Tagen als DDR-Insasse oft genug in Aggression, Wut und Lust zum heftigen Widerspruch verwandelte. Dieses von der Bundesregierung maßgeblich initiierte und geförderte private Besuchsprogramm zählte zu den nachhaltigsten Destabilisierungs- und Delegitimierungsfaktoren der SED-Diktatur. Hunderttausende aller Altersgruppen, sozialen Schichten und politischen Überzeugungen konnten nun selbst Vergleiche anstellen. Die SED-Propaganda schien daran zu zerbrechen. Hinzu kam, dass die Genehmigungspraxis die rechtlose Stellung des Einzelnen veranschaulichte. Jeder Antrag war von der willkürlichen Entscheidung der Genehmigungsstellen abhängig, deren Voten weder begründet wurden noch durchsichtig waren. Auch wenn Hunderttausende in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre reisen durften, Millionen durften es nicht. Die Statistik half den Zukurzgekommenen nicht wirklich.

4. Schlussbemerkungen

Ich konnte hier nur einige Aspekte herausgreifen, die es im Zusammenhang mit diesem Thema zu beachten gilt.

Die verschiedenen politischen Lager innerhalb der Bundesrepublik waren bewegungs- und handlungsfähig, wenn es um den konkreten Umgang mit der DDR und der SED ging. Das berühmteste Beispiel dafür bot wohl der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß. Er stand nie im Verdacht, Ost-Berlin gegenüber besonders freundlich gesinnt zu sein. Und doch war ausgerechnet er es, der 1983 den ersten Milliardenkredit einfädelt und so die DDR international wieder zahlungsfähig machte. Er stabilisierte bewusst die DDR, weil er, darin war er sich mit allen führenden Politikern von SPD, FDP und CDU/CSU einig, keine inneren Unruhen in der DDR provozieren und so die Stabilität Europas gefährden wollte. Die Ende der sechziger Jahre von Willy Brandt eingeleitete neue Ost- und Deutschlandpolitik, die unter dem Signum „Wandel durch Annäherung“ firmierte, blieb die deutschlandpolitische Konstante auch nach 1982, als Kohl das Kanzleramt übernahm. Sämtliche Bundesregierungen versuchten, humanitäre Verbesserungen und Erleichterungen für die Ostdeutschen und für den deutsch-deutschen Besuchsverkehr zu erzielen. Immer wieder rangen sie der SED-Führung Zugeständnisse ab, wofür diese großzügige finanzielle Mittel erhielt. Das alles kam in der DDR-Gesellschaft gut an und wurde als Zeichen verstanden, dass man in der Bundesrepublik nicht vergessen worden war,

dass sich die jeweilige Bundesregierung im besten Sinne als gesamtdeutsche Regierung verhielt.

Noch ein Wort zu den Grünen, denn auch diese sind in einem Punkt zu würdigen: niemand hat so intensive Beziehungen zur Opposition in Ost-Berlin, Prag und Warschau gepflegt, wie der Menschenrechtsflügel der „Grünen“ um Petra Kelly, Wilhelm Knabe, Elisabeth Weber, Lukas Beckmann und Uli Fischer, um einige Namen zu nennen.

Insofern haben sowohl solche Begegnungen an der oppositionellen Basis (von der SPD wären hier Gert Weißkirchen oder von der CDU/CSU Eduard Lintner zu nennen) wie auch die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierungen erstens dazu beigetragen, dass in der DDR die Idee von einer einheitlichen deutschen Nation weitaus vitaler blieb als in der Bundesrepublik selbst. Zweitens haben die Aktivitäten der genannten „Grünen“ die Opposition logistisch, materiell und auch inhaltlich unterstützt – was sich im Sommer/Herbst 1989 in der revolutionären Mobilisierungsphase als nicht unerheblich herausstellen sollte. Drittens war das Festhalten am im Grundgesetz festgeschriebenen Wiedervereinigungsgebot – 1973 auf Antrag der CSU vom Bundesverfassungsgericht in juristischer Überprüfung der Ostverträge bekräftigt – mit der Praxis, auch die DDR-Bürger als Deutsche im Sinne des Grundgesetzes anzusehen, die unmittelbare Vorbedingung dafür, dass die Massenflucht 1989 völkerrechtlich überhaupt so abgewickelt werden konnte. Und schließlich hat viertens die durch die „Neue Ostpolitik“ möglich gemachte Politik der Familienzusammenführung und der in den 1980er Jahren dann zum Massenphänomen gewordenen „Reisen in dringenden Familienangelegenheiten“ das SED-System ganz erheblich delegitimiert und unterhöhlt.

Nun ist es natürlich eine Binsenweisheit, dass die Revolution von 1989 aus einem Ursachenbündel zu erklären ist, von denen die meisten im Inneren der DDR selbst zu finden sind. Aber: Die Bundesrepublik fungierte eben nicht nur als Schaufenster, Politik und Kultur hielten die deutsche Frage – nicht selten wider die eigenen Intentionen – für die meisten DDR-Menschen offen. Zwar glaubte noch Anfang 1989 kaum jemand, dass sich schnell etwas ändern würde, aber als sich dann rasch und in einem atemberaubenden Tempo alles änderte, als dann schließlich die ostdeutsche Gesellschaft die Mauer von Innen eindrückte, stand die Frage der Wiedervereinigung auch deshalb sofort auf der Tagesordnung, weil die Menschen jahrzehntelang von den Bundesregierungen in verschiedenen Formen dies immer wieder so gehört hatten. Es gab nun für die Mehrheit keinen Grund mehr, noch weiter zu warten. Kohls Wahlsieg verdankte sich nicht nur seinem entschlossenen Handeln – jede Bundesregierung galt im Osten aufgrund der Deutschlandpolitik seit Brandt als Garant dafür, dass sie auch umsetzen würde, was sie verspreche. Denn so viele Menschen auch aus der DDR in die Bundesrepublik hatten reisen können – für die Mehrheit 1990 war die Bundesrepublik gleichbedeutend mit dem Werbefernsehen: „porentief rein“.

Doch damit wären wir bereits beim nächsten Thema, der Transformationsgeschichte, die weitaus komplizierter verlief als wir das wohl alle, kritisch oder nicht kritisch auf die Wahlergebnisse damals blickend, sahen. Die politische Rhetorik hatte schließlich doch gesiegt – denn vier Jahrzehnte Teilung brachten doch neue Kulturen, Mentalitäten, Blickweisen hervor, die sich nur in der Begegnung miteinander und nicht dem Sprechen übereinander entdecken ließen. Aber auch dies ist mittlerweile Geschichte.

Ob dieses „deutsche Modell“, das mit dem „Grundlagenvertrag“ seinen juristischen Ausgangspunkt nahm, übertragbar ist, scheint mir angesichts dessen, was ich ausführte, sehr zweifelhaft. Dazu sind die Bedingungen und der internationale Rahmen anderswo heute viel zu verschieden. Aus der Geschichte zu lernen, ist schon für jeden Einzelnen schwierig genug. Der historische Grund und die kulturelle Basis sind zudem so unterschiedlich, dass sich eine Übertragung des „deutschen Modells“ in andere Regionen fast verbietet. Aber aus den Fehlern der deutsch-deutschen Politik und Wahrnehmung sowie des Transformationsprozesses kann man lernen – eines Tages hoffentlich in Korea, aber auch für uns heute hier in Europa: denn das der Osten der Bundesrepublik – bis auf wenige Enklaven – wirtschaftlich noch auf lange Zeit abgehängt bleiben wird, war nicht vorprogrammiert. Und einem starken und einigen Europa stehen abgehängte Regionen entgegen – insofern schiene mir der ostdeutsche Transformationsprozess für Lern- und Nachdenkprozesse im heutigen Europa ein sehr anschaulicher Gegenstand zu sein.